NEUER LOOK

Der Freie Zahnarzt (DFZ)-- Ein neuer Anstrich, ein paar neue Bilder, und schon erscheint ein in die Jahre gekommener Raum in einem frischen Look. Auch Ihr Leserblick soll erfrischt werden: Mit dieser *DFZ*-Ausgabe erscheint unser Magazin mit Texten und Bildern im neuen Gewand, um unseren politisch, fachlich und wirtschaftlich kompetent recherchierten Inhalten eine noch individuellere Präsenz zu verleihen. Prägnante Schriftfarben und eine abwechslungsreichere Bild- und Textgestaltung geben künftig einen noch schnelleren Überblick über die Kernthemen und die Fokussuche nach Schwerpunkten. Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und freuen uns über Ihr Feedback! Ihre *DFZ* Redaktion

KEIN VETO GEGEN G-BA-LEITUNG

Gemeinsamer Bundesausschuss-- Die beiden Ärztinnen Elisabeth Pott und Monika Ielgmann werden die neuen Unparteiischen an der Spitze des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA). Der Gesundheitsausschuss des Bundestages hat offenbar keine Beanstandungen gegen die Personalvorschläge der Trägerorganisationen des G-BA. Die Sechswochen-Frist, in der das Parlament die Vorschläge der Selbstverwaltungsorgane hätte beanstanden können, ist im September abgelaufen. Die ersten Personalvorschläge, Uwe Deh und Lars Lindemann, lehnten die Abgeordneten des Bundestages im Juni mit absoluter Mehrheit ab. Unparteiischer Vorsitzender wird auch in der nächsten Amtsperiode Josef Hecken sein. Das neue Führungsteam des G-BA wird das Amt am 1. Juli 2018 aufnehmen.

Der G-BA ist das oberste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland.

JG

BUNDESREGIERUNG ANTWORTET UNZUREICHEND

Kleine Anfrage zu zahnärztlichen MVZ-- In einer Kleinen Anfrage hat die Bundestagsfraktion Die Linke sich bei der Bundesregierung über die Erfahrungen mit zahnärztlichen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) erkundigt. Die Antwort der Bundesregierung auf die 15 Fragen war umfangreich. Nach Einschätzung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) ist sie jedoch nicht zufriedenstellend. Seit dem Inkrafttreten des GKV-Versorgungsstärkungsgesetz 2015 ist es möglich, rein zahnärztliche MVZ zu gründen. Die Bundesregierung legte zu den Fragen Zahlen und Grafiken der KZBV vor, die bestätigen, dass rund Dreiviertel der mehr als 300 zahnärztlichen MVZ in städtischen Gebieten gegründet wurden. „Valide Daten“ über Effekte auf das Versorgungsgeschehen lägen noch nicht vor. Aus Sicht des FVDZ sind die Antworten der Bundesregierung unzureichend. Gerade bei den kritischen Fragen zu unterschiedlichen Anstellungsmöglichkeiten von Zahnärzten in MVZ und

in herkömmlichen Praxisformen sieht der Freie Verband erheblichen Nachholbedarf. „Die Bundesregierung sollte klarstellen, warum in verschiedenen Niederlassungsformen unterschiedliche Wettbewerbsparameter gelten, hat aber ihre Hausaufgaben nicht gemacht“, bemängelte Schrader.

SAS

TERMINE

12. – 14. 10. 2017

BERLIN: Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ)

10. – 11. 11. 2017

FRANKFURT: Deutscher Zahnärztertetag